

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Vierteljahrs 8,25 M., Halbjahrs 15 M., Jahres 28 M., unter Streifenband 2,50 M. Kassepreis: Die geschlossenen Wärmegeräte über deren Raum 12 M., Bereichs- und Beräumungsarbeiten 6 M., Kellereis: Die dreieckigen Wärmegeräte über deren Raum im Wert 70 M. — Schluss des Inseraten-Nachtrags in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher 6 Uhr spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kronprinz Straße 10, Telefon 4719. Geschäftsstelle: Breslau 544, Reibstockstraße, Kronprinz Straße 50, Telefon Ring 3837. Druckerei: Druckerei von 12-12, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filiale-Expeditionen: Giesh. Wilmstraße 24, Kattowitz, G. Bellig, Kattowitz 2334. Geschäftsstelle von 8-12 Uhr. Geschäfts-Hand am Hauptverlagort Breslau. — Bezugs: Einzel, Postbestellung m. S. G., Breslau. — Druck: „Neubaug“ Berlin, P. L. Breslau, Kattowitz Str. 10.

Der kommunistische Wahlsieg

Entscheidende Gewinne in den Industriezentren — In Schlesien und Oberschlesien 5 kommunistische Abgeordnete gewählt!

Amtliches Reichstagswahlergebnis

II. Berlin, 21. Mai. Das vorläufige amtliche Endergebnis der Reichstagswahl fand folgende Stimmenverteilung:

SPD.	152 Mandate
Deutschnationale Volkspartei	73 "
Zentrum	62 "
Deutsche Volkspartei	44 "
Kommunistische Partei	54 "
Demokraten	25 "
Bayerische Volkspartei	16 "
„Linke“ Kommunisten	0 "
Wirtschaftspartei	23 "
Nationalsozialistische Partei	12 "
Deutsche Bauernpartei	8 "
Völkisch-nationaler Block	0 "
Landbund	3 "
Christlich-nationale	13 "
Volkrechtspartei	2 "

Sächsische Landvolk 2 Mandate
Deutsch-Hannoveraner 2 "

Es haben danach 30 592 442 Wähler 489 Abgeordnete gewählt.

Preussischer Landtag

Nach der vorläufigen amtlichen Zusammenstellung werden sich für den Preussischen Landtag ungefähr folgende Ziffern ergeben:

Sozialdemokratische Partei	5 553 392 (4 579 150)	136 (114)
Deutschnationale Volkspartei	3 263 947 (4 357 317)	89 (109)
Deutsche Volkspartei	1 597 668 (1 798 909)	40 (45)
Zentrum	2 745 547 (3 230 628)	69 (81)
Kommunistische Partei	2 229 176 (1 769 560)	56 (44)
Deutsch-Demokraten	826 829 (1 084 374)	21 (27)
Wirtschaftspartei	839 817 (455 233)	21 (11)
Nationalsozialisten	345 619 (434 670)	6 (-11)
Völkisch-nationaler Block	204 240 (—)	2 (-)
Christl.-nationale Bauernpartei und Landbund	276 646 (—)	7 (-)
Deutsch-Hannoveraner	187 933 (259 437)	5 (6)
Volkrechtspartei	234 039 (—)	2 (-)
Polen		0 (2)

Wahlerfolg — verstärkter Massenkampf

Das vorliegende Wahlergebnis bestätigt vollkommen die von der Partei seit Jahren aufgezeigte Perspektive: Linksentwicklung, Radikalisierung, Revolutionierung der werktätigen Massen.

Alle großbürgerlichen Parteien haben an Stimmen und Mandaten verloren: Die Deutschnationalen sind von 110 Mandaten auf 73 zurückgegangen, die Deutsche Volkspartei von 60 auf 44, das Zentrum, das bisher immer stabil war, von 68 auf 62, die Demokraten von 32 auf 25. Diese Parteien insgesamt haben von 260 Mandaten 54 verloren, also über 20 Prozent. Ein Teil der von den großbürgerlichen Parteien abgewanderten Wähler ist zur Wirtschaftspartei und zur Volkrechtspartei (Aufwertler) gegangen — typische Kleinbürgerparteien, die ihre Wähler in der Illusion wiegen, der „Mittelstand“ könne eine eigene, selbständige, wenn möglich sogar führende Rolle spielen — Parteien, die durch ihre Führer offen an die Parteien der Großbourgeoisie verkauft werden. Der ausschlaggebende Teil ist zur KPD. und zur SPD. gegangen. Die SPD. hat zu ihren 131 Mandaten 21 hinzugewonnen, das sind 16 Prozent, die KPD. ist von 45 auf 54 gestiegen — oder um 20 Prozent!

Wir wollen die Wahlergebnisse heute nicht schon im einzelnen untersuchen, sondern beschränken uns zunächst auf eine allgemeine Würdigung. Das Wahlergebnis ist für die Parteien in den einzelnen Gebieten ziemlich ungleichmäßig. In allen den Gebieten, wo die SPD. nicht unmittelbar durch Koalitionspolitik belastet ist und sich als Oppositionspartei auch im Landesparlament — Bayern, Württemberg, Thüringen — mit Ausnahme von Sachsen — aufspielt, vermochte die SPD. die von den bürgerlichen Parteien abgewanderten Stimmen für sich zu buchen — während wir selbst verloren. Ebenso haben wir an Stimmen verloren, wo unsere Partei organisatorisch schwach verankert ist: Mecklenburg, Braunschweig, Hannover. In allen entscheidenden Industriegebieten hat die Partei ihre Positionen behauptet und zum Teil sehr stark verbessert, so daß die Mißerfolge in den schwächeren Gebieten nicht nur ausgeglichen, sondern auch ein großer positiver Erfolg erzielt werden konnte. Unser Erfolg konzentriert sich auf die ökonomisch und politisch bedeutsamsten Gebiete. Allen voran marschiert Berlin, wo die Partei ihre Stimmenzahl ganz nahe an die SPD. heranbrachte:

SPD.	397 000
KPD.	347 000

In einigen Arbeiterbezirken wurde die SPD. von der KPD. überflügelt, vor allem im Wedding, wo 89 300 kommunistische Stimmen gegen 75 800 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. In Sachsen ist der kommunistische Zuwachs größer als der sozialdemokratische.

Die KPD. — von der die SPD.-Presse noch vor wenigen Tagen schrieb: „Wenn sie überhaupt Stimmen bekommt!“ — ringt in allen entscheidenden Industriegebieten mit der SPD. unmitttelbar um die Führung der Arbeiterschaft; sie hat der SPD. trotz des großen Apparates der reformistischen Führer (Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen, Staatsapparat) und ihres schändlichen Kampfes gegen die Kommunisten, auch trotz der beträchtlichen Störungsarbeit der Maslowschen Verräterpartei, Stück für Stück an Boden gewonnen! Diese wichtige Tatsache kann nicht scharf genug hervorgehoben werden! Denn sie zeigt, welche großen Erfolgsmöglichkeiten die Partei für die Zukunft nicht nur in diesen, sondern auch in den übrigen Gebieten hat — auch in anscheinend stabiler Situation. Sie ist berufen, durch entschiedenste Vertretung der Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen unter härtester Fernsicht der

In Schlesien und Oberschlesien gewählt:

Genossen Geichte, Jadaich, Wollweber, Jendrosch und Luntel

Reichstagswahlergebnisse:

Wahlkreis 7: Breslau

Sozialdemokratische Partei	366 679 (307 187)
Deutschnationale Volkspartei	222 454 (277 288)
Zentrum	153 684 (183 624)
Deutsche Volkspartei	58 441 (74 442)
Kommunistische Partei	43 805 (29 401)
Deutsche Demokratische Partei	28 152 (41 045)
Deutsche Mittelstandspartei	35 459 (13 610)

Wahlkreis 8: Liegnitz

Sozialdemokraten	228 104 (201 874)
Deutschnationale	147 781 (177 959)
Zentrum	47 991 (54 856)
Deutsche Volkspartei	39 782 (50 908)
Kommunisten	25 499 (20 192)
Demokraten	38 174 (49 250)
Wirtschaftspartei	42 498 (29 152)

Wahlkreis 9: Oppeln

Sozialdemokraten	70 383 (36 229)
Deutschnationale	96 320 (117 916)
Zentrum	224 184 (221 545)
Deutsche Volkspartei	15 087 (15 295)
Kommunisten	71 734 (66 092)
Demokraten	9 202 (12 084)
Poln.-kathol. Volksp.	30 052

Gewählt wurden im Wahlkreis 7 und 8: Genosse Geichte in Berlin und im Wahlkreis 7 Genosse Jadaich - Gleiwitz.

Landtagswahlergebnisse:

Wahlkreis 7: Breslau

Sozialdemokraten	364 730 (307 320)
Deutschnationale	221 051 (277 473)
Zentrum	152 383 (184 740)
Deutsche Volkspartei	57 660 (73 337)
Kommunisten	43 701 (29 388)
Demokraten	29 237 (44 488)
„Linke“ Kommunisten	2 190 (—)
Mittelstandspartei	35 460 (13 912)

Natj. D. Arbeiterpt. 9128 (13 428), Dt. Bauernpt. 14 922, Völk.-nation. Block 4258, Christl.-nat. Bauern- u. Ldb.-P. 3782, Reichsp. f. Aufwertung 8504, Deutschsoz. 470 (17 197), Poln. kath. Volkspartei 1685 (1417), Volksblock der Just.-Geich. 13 017, Christl.-soz. Reichsp. 519, Dt. Reichsblock der Geich. 1025, Alte Sozialdemokr. 310, Haus- und Grundbesitz 1363, Unabh. Sozialdemokr. 567. Gültige Stimmen: 966 282 (963 202).

Gewählt sind: Genosse Wollweber - Breslau (da Genosse Eberlein, da er auch in Berlin gewählt ist, zurücktreten wird).

Wahlkreis 8: Liegnitz

Sozialdemokraten	227 001 (199 755)
Deutschnationale	116 906 (176 300)
Zentrum	47 725 (54 611)
Deutsche Volkspartei	39 303 (50 490)
Kommunisten	25 452 (20 036)
Demokraten	38 479 (48 598)
Mittelstandspartei	42 452 (29 244)

Natj. D. Arbeiterpt. 7334 (8576), Dt. Bauernpt. 5715, Völk.-nat. Block 2632, Christl.-nat. Bauernpt. 859, Aufwertungspt. 7442 (1316), Polen 235 (291), Wenden 357 (1255), Dt.-Soz. 7163 (15 937), Evang. Volksgemeinschaft 1001, Volksb. d. Just.-Geich. 350, Christlichsoziale 530; insgesamt 600 988 (608 510).

Wahlkreis 9: Oppeln

Sozialdemokraten	70 115 (36 013)
Deutschnationale	91 872 (118 867)
Zentrum	223 642 (218 664)
Deutsche Volkspartei	15 095 (15 100)
Kommunisten	71 128 (64 893)
Demokraten	9 174 (12 148)
Linke Kommunisten	3 065 (—)
Mittelstandspartei	7 355 (8 248)

NS 5451 (8027), Dt. Bauernpartei 6608 (—), Völk.nat. Block 920 (—), Chr.-Nat. Bl. 6365 (—), Reichsp. f. Aufw. 5363 (2454), Pol.-kath. Vpt. 34 231 (41 708), Alte Soz. 1316 (—), Dt.-Soz. 3405 (5580), Chr.-Soz. Reichsp. 885 (—), Reichsblock d. Geich. 333 (—), Haus- und Grundbes. 1008 (—). Insgesamt 360 651 (534 260) Stimmen.

Es sind gewählt: Genosse Jendrosch - Sindenburg und Genosse Luntel-Gleiwitz.

Giftgaskatastrophe in Hamburg

12 Tote, zahlreiche Vergiftete — Imperialistische Rüstungen die Ursache?

(Eig. Drohber.) Hamburg, 21. Mai.

Am Sonntagmittag gegen 5 Uhr explodierte auf dem Fabrikgebäude der Firma Stolzenberg, die sich auf einer Gabel befindet, ein sieben Meter langer, eiserner, mit Giftgasen gefüllter Tank. Durch Nordwind wurden die Gase in die Ortschaften Ober- und Nieder-Georgswerder, bis nach Wilhelmsburg hineingetrieben. Eine große Anzahl Personen erkrankten durch Vergiftung und liegen in Giftkämpfern. Zwölf Erkrankte sind bereits unter furchtbaren Qualen gestorben.

Die „Telegraphen-Agentur“ meldet über die Katastrophe folgendes: Ein vom „Hamburger Fremdenblatt“ entandener Sonderbericht erstattet meldet über die Giftgaskatastrophe auf der Veddel: Der Wind trieb die Gaswolke am Boden vor sich her über den Hofe-Kanal zur Mäggenburger Straße. In einem Boot auf dem Kanal wurden zwei junge Knaben von der Gaswolke überrascht und mußten besinnungslos abtransportiert werden. Am jenseitigen Ufer des Hofe-Kanals wurde ein Platzmeister, dessen Frau und sein Sohn vergiftet. Auch ein Wächter mußte vergiftet ins Krankenhaus geschafft werden. Am Laufe des Abends verstärkte sich die Gefahr, die Feuerwehrein zweites Mal zur Unfallstelle ausrückten, nachdem man am Montag angekommen, die Gefahr beseitigt zu haben. Von der Veddel und aus Wilhelmsburg wurden zahlreiche neue Erkrankungen gemeldet. Der Wind drehte schließlich nach Südosten um und trieb die Wolke über Wilhelmsburg. Von 20 bis 30 Stellen zugleich wurden Vergiftungen gemeldet.

Alle verfügbaren Krankenautos sind nach der Veddel und Wilhelmsburg unterwegs. Der Arbeiter-Samariter-Bund machte seine Kolonnen nach Hamburg und Wilhelmsburg mobil. Der Hamburger Polizeipräsident hat in der Nacht eine Hundertschaft der Hamburger Polizei zur Unterstützung bei der Räumung angefordert. Die Einwohner der am meisten bedrohten Gemeinden werden in den Auswandererhallen der Hamburg-Amerika-Linie untergebracht. Ein anderer Teil findet in den Krankenhäusern Unterkunft. Um 2 Uhr nachts meldete das St. Georgs-Krankenhaus 32 eingelieferte Vergiftete und zahlreiche Obdachlose. Die Berliner Feuerwehr hat in der letzten Nacht zwei Branddräte im Automobil nach Hamburg gesandt, um an die Hamburger Feuerwehr die angeforderten Gasmasken und Sauerstoffapparate abzuliefern.

Die Giftgaskatastrophe in Hamburg hat einer großen Zahl Menschen das Leben gekostet. Noch sind die Folgen unabsehbar. Ein großer Teil der Kranken wird kaum mit dem Leben davonkommen, im günstigsten Falle lebenslanglich schwer geschädigt sein. Am selben Augenblick, wo versucht wird, der Ausbreitung des Unglücks entgegenzuarbeiten, wird auch schon der Versuch unternommen, die Ursachen zu verschleiern. Naturgemäß hat sich der gesamten Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt. Wie bei allen Katastrophen wird die Schuldfrage aufgerollt. Bei dem Hamburger Unglück handelt es sich aber um mehr, als nur darnach zu fragen, ob eine besondere Fahrlässigkeit, unglückliche oder sonstige Umstände die Katastrophe verschuldet haben. Die Giftgaswolken von Hamburg sind das Symbol des neuen Krieges. Seit Jahren weisen wir darauf hin, daß Deutschland immer stärker in die Kriegskont

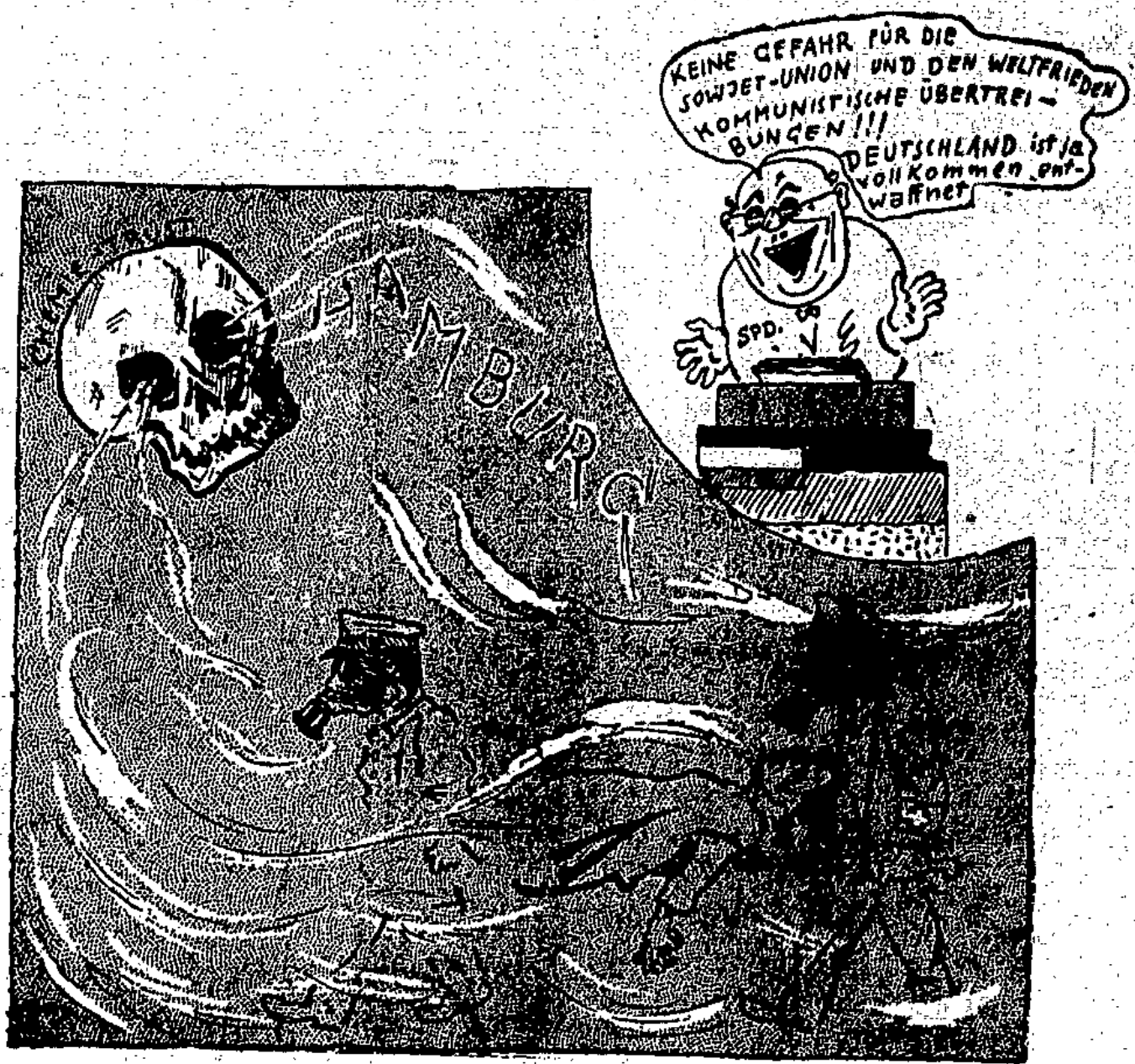
ber kapitalistischen Staaten einrückt, und nicht nur ideologisch, sondern mit den modernsten Mitteln der Kriegstechnik sich rüstet, um in dem entscheidenden Augenblick seine Kriegsbereitschaft teuer verkaufen zu können.

Das Giftgaslager in Hamburg ist nur ein kleiner Teil der Rüstungspolitik Deutschlands. Hier ist nur ein winziger Teil jener geheimnisvollen Millionen angelegt, die aus dem von den Sozialdemokraten bewilligten Wehretat entnommen wurden. Hamburg ist nicht der einzige Lagerplatz für Giftgase. Die gesamte deutsche chemische Industrie mit ihren unerhörten Produktionsanlagen bildet die gewaltige Quelle für die Erzeugung.

Es ist bezeichnend, daß der Berliner sozialdemokratische „Abend“ vom 21. Mai als erster ein großes Ablenkungsmanöver inszeniert. Für die SPD ist der Schuldige nicht der deutsche Kapitalismus, der die Giftgase erzeugt, sondern es ist, wie nicht anders von der SPD erwartet werden kann, Sowjetrußland, das angeblich in Deutschland Giftgase herstellt, und auf dessen Konto das Unglück in Hamburg zurückzuführen ist. Die angeblichen

Verbindungen, die im Sommer 1923 zwischen deutschen und russischem Militär bestanden haben sollen, angeblich Ausrichtungunternehmungen, die seinerzeit gegründet wurden, werden jetzt als Ursache des Hamburger Giftgaslagers angeführt. So versucht die Sozialdemokratie die Opfer, die in Hamburg vorhanden sind, als Opfer der Sowjetunion hinzustellen. Die Arbeiter werden dieses Mandat durchschauen, sie müssen erkennen, daß die Sozialdemokratie diese Art der Propaganda entfaltet, um die Schuldfrage zu verdecken, um den Weg für ihre eigene Rüstungspolitik freizuhalten.

Hamburg zeigt deutlich die Gefahr eines kommenden Krieges. Durch das Unglück wird deutlich demonstriert, mit welchen barbarischen Methoden man den Krieg gegen Rußland führen will. Die Arbeiter mögen daraus erkennen, wohin der Weg dieser Republik führt und wie bürgerliche Parteien und Sozialdemokraten sich dabei einig sind, die deutsche Arbeiterchaft mit allen Mitteln in ihre Kriegspolitik einzugliedern. Das Hamburger Unglück muß die deutschen Arbeiter aufwachen und sie verpflichten, den Kampf gegen die Kriegsproduktion mit allen Mitteln zu führen.



4. Reichstreffen der Roten Frontkämpfer

vom 26. bis 28. Mai (Pfingsten) in Berlin.

Folge der Veranstaltungen:

Sonntag, den 26. Mai:

Ankunft der auswärtigen Kameraden Begrüßungskundgebungen Quartiervermittlung

Sonntag, den 27. Mai:

- 6 Uhr: Großes Beden
- 8-10 Uhr: Platzkonzerte
- 12 Uhr: Sammeln der Abteilungen mit den auswärtigen Teilnehmern, Delegationen, Kommunistischer Partei und anderen sympathisierenden Organisationen auf zweiundzwanzig Plätzen der Berliner Verwaltungsbezirke
- 12¼ Uhr: Abmarsch der einzelnen Züge zu den Hauptversammlungsplätzen und von dort in vier Hauptzügen zum Lustgarten
- 15¼ Uhr: Eröffnung der Kundgebung Musik, Massengesang, Fahnenaufmarsch Ansprachen der Führer des Roten Frontkämpferbundes
- 16½ Uhr: Abmarsch der Hauptzüge. Einsparanten aller Züge zu einem Gesamtzuge, der durch den Berliner Osten und Lichtenberg zum Friedrichshain marschiert. Parteilich Abzweigen der einzelnen Abteilungen in die Verwaltungsbezirke.

Montag, den 28. Mai:

- 8-10 Uhr: Platzkonzerte, Propagandaumzüge
- 11 Uhr: Große revolutionäre antimilitaristische Jungarbeiterkundgebung der Roten Jungfront im Zirkus Busch
- 10-16 Uhr: Besichtigung der Stadt. Besuch des Friedhofes der Märzgefallenen in Friedrichshain, der Gräber der Revolutionsopfer in Lichtenberg und Friedrichsfelde und anderer
- 17 Uhr: Werbeveranstaltungen in allen Abteilungen
- Abends: Abschiedskundgebungen und Abfahrt der auswärtigen Teilnehmer.

Führerschaft des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront.

Große Massen von reichen Bauern, Grundbesitzern, zu diesem Anlaß gemieteten Landarbeitern, Busseigentümern usw. sollen sich dann in Prag versammeln. Die von der Agrarierpartei gegen die Arbeiter der Städte organisierte Bauernrevolte, mit ihren Massen aus dem Verteidigungsministerium, werden aufmarschieren und die Bereitschaft der Großgrundbesitzer zum Massenkampf, zur gewaltsamen Unterdrückung der sich unter Führung der R.F. sammelnden Arbeiter zu demonstrieren.

Bisher haben nur die Nationaldemokraten ihre „Sofals“, die Turnerorganisationen des chauvinistischen Kleinbürgertums, aufmarschieren lassen. Seitdem sie aber gegenüber der Einheitsbestrebung der gesamten internationalen Bourgeoisie der Republik einen zu starren Nationalismus befehdeten und demzufolge neben den Agra-



riern ins Hintergeheim gerieten, haben sie das Vertrauen der Bourgeoisie verloren. Heute vertritt eben die Agrarierpartei die politischen und wirtschaftlichen Interessen selbst der Schwerindustrie und sogar eines Teiles des Bankkapitals. Die Nationaldemokraten können wohl kaum eine imponierende Demonstration auf die Beine bringen.

Es wird das erste Mal sein, daß die Agrarier einen solchen Heerhaufen in die Hauptstadt bringen. Sie verfolgen damit zweierlei Ziele. Sie wollen beweisen, daß sie durch ihre bisherigen Vorbereitungen das Vertrauen der gesamten Bourgeoisie verdient haben. Seitdem sie die Führung des Bürgerblocks innehaben, seit mehr als zwei Jahren, sind sie dabei, ihre bewaffnete „Bauernrevolte“ aufzubauen. Sie bilden überall, wo sie mindestens zwölf verlässliche Anhänger ihrer Partei besitzen, sogenannte „Vorposten“. Deren Mitglieder müssen möglichst wohlhabende Bauern oder selbständige Gewerbetreibende sein. Kleinbürger also, die Besitz zu verlieren hätten. Aber auch unter den Besitzern von „wertvollem Privateigentum“ sind die ausgebildeten Soldaten bevorzugt. Die zwölf Mitglieder der

Dorfzelle erhalten einen von der Agrarpartei ernannten Führer, möglichst einen früheren Unteroffizier der Armee. Waffen liefert — natürlich im geheimen — das Verteidigungsministerium, an dessen Spitze ein Agrarier steht. Munition erhalten die Bauernreiter von der Gendarmerie, denn auch der Innenminister ist ein Agrarier. Die so geschaffene Organisation, verbunden mit den Heimwehren der slowakischen Klerikalen Partei und mit den ähnlichen Organisationen der deutschen Agrarier, werden der Bourgeoisie in militärischer Disziplin vorgeführt werden. Sie soll sehen, daß sie ihr Vertrauen würdigen Vertretern geschenkt hat. Daneben sollen aber diese Bauernmassen in der Hauptstadt die Kraft der Bourgeoisie gegen das Proletariat demonstrieren. Sie sollen die Sozialdemokraten, die dem rechten Flügel der Agrarier Widerstand geleistet haben, zu gefügigen Hunden, zu koalitionsbereiten Partnern machen. Den Kommunisten aber sollen sie zeigen, welche Kraft gegen sie eingesetzt werden wird. Sie sollen die Arbeiterchaft auf ihrem Abmarsch zur R.F. einschüchtern.

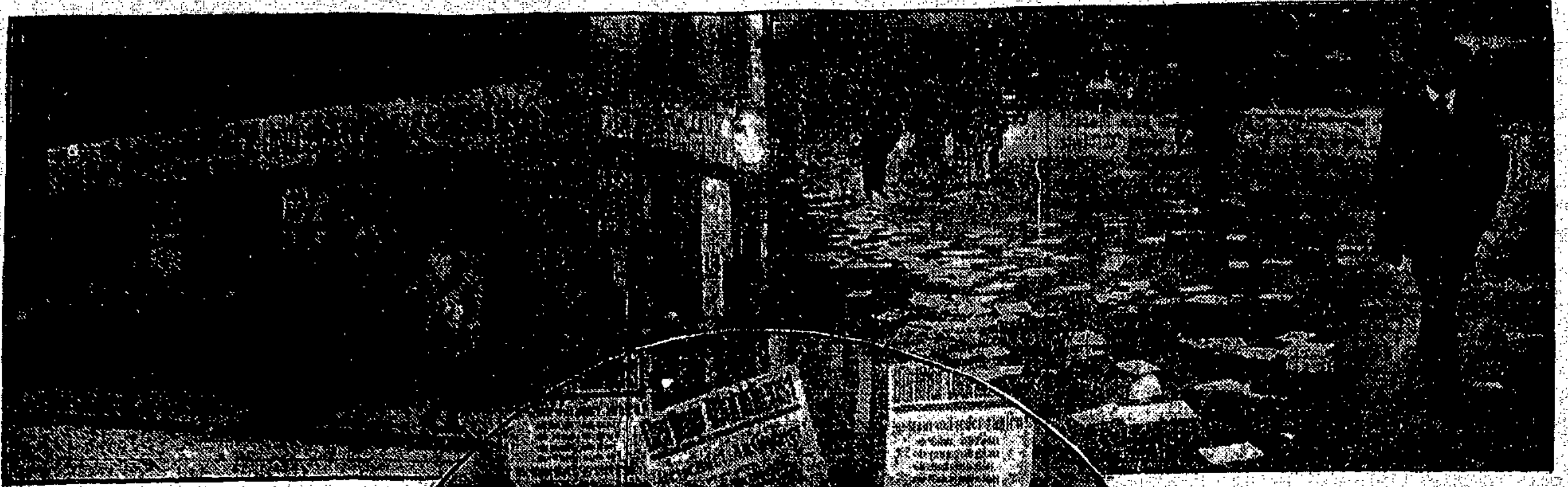
Die Kommunisten haben den Sinn der Demonstration erfaßt. Sie verstärken die Agitation für die Spartakiade der Roten Turnerorganisationen, die im Laufe des Sommers in Prag veranstaltet werden sollte. Die Arbeiterolympiade der sozialdemokratischen Turner im Jahre 1927 war eine offene Kundgebung für die Arbeitergemeinschaft und für den kleinbürgerlichen Linksbund. Jede Regierung des Klassenkampfgebantens war da verpönt. Die kommunistische Spartakiade sollte die Arbeiterturner wieder auf den Weg des Klassenkampfes zurückführen und dem sich bildenden Bürgerkriegsheer der Bourgeoisie die Kader der proletarischen Armee entgegenstellen.

Im Prager Gemeinderat protestierten die kommunistischen Vertreter gegen die von den Agrariern geforderte Ueberlassung von Schulen als Massenquartiere für den „Demonstrationskongreß“ und hatten den Erfolg, daß der Gemeinderat die Forderung abschlug. Der agrarische Innenminister hat darauf mit dem Verbot der kommunistischen Spartakiade geantwortet, mit der jedenscheinigen Begründung, daß Kinder und Jugendliche nicht an politischen Kundgebungen teilnehmen dürfen und die Veranstaltung vielleicht auch die öffentliche Ruhe stören könnte. Alle Proteste der Roten Turnerorganisationen blieben bisher erfolglos. Auch die Proteste zahlreicher Gemeindevertretungen haben nichts gestraft. Kampfeskundgebungen sind eben nur konterrevolutionären Organisationen gestattet. Das Verbot des agrarischen Innenministers hatte auch die Kleinbürger der Prager Gemeindevertretung eingeschüchtert. Trotz energischer Proteste der Kommunisten wurde der frühere Beschluß aufgehoben und in dem Sinne geändert, daß zwar der Unterricht in den Schulen auch während des agrarischen Kongresses nicht unterbrochen, aber möglichst so eingerichtet werden soll, daß die Schulkinder den Kongreßbesuchern zur Verfügung stehen. Damit haben sich die Sozialdemokraten der Prager Gemeindevertretung mit der konterrevolutionären Kampfeskundgebung der Agrarier einverstanden erklärt, sie ermöglichen, die notwendigen Quartiere bereitzustellen und gleichzeitig auch das Verbot der kommunistischen Spartakiade aufheben. Für die Teilnahme an der Regierung sind sie bereit, jeden Kampf für die Bourgeoisie zu führen.

Der tschechische Landbund in Aktion

Der reaktionäre Flügel der stärksten Bürgerpartei der Tschechoslowakei, der tschechischen Agrarierpartei, rüstet zu einem neuen Vorstoß gegen die kleinbürgerlich parlamentarische Demokratie. Er bereitet einen „Demonstrationskongreß“ in den nächsten Wochen vor.

Wahlbilder aus dem Roten Berlin

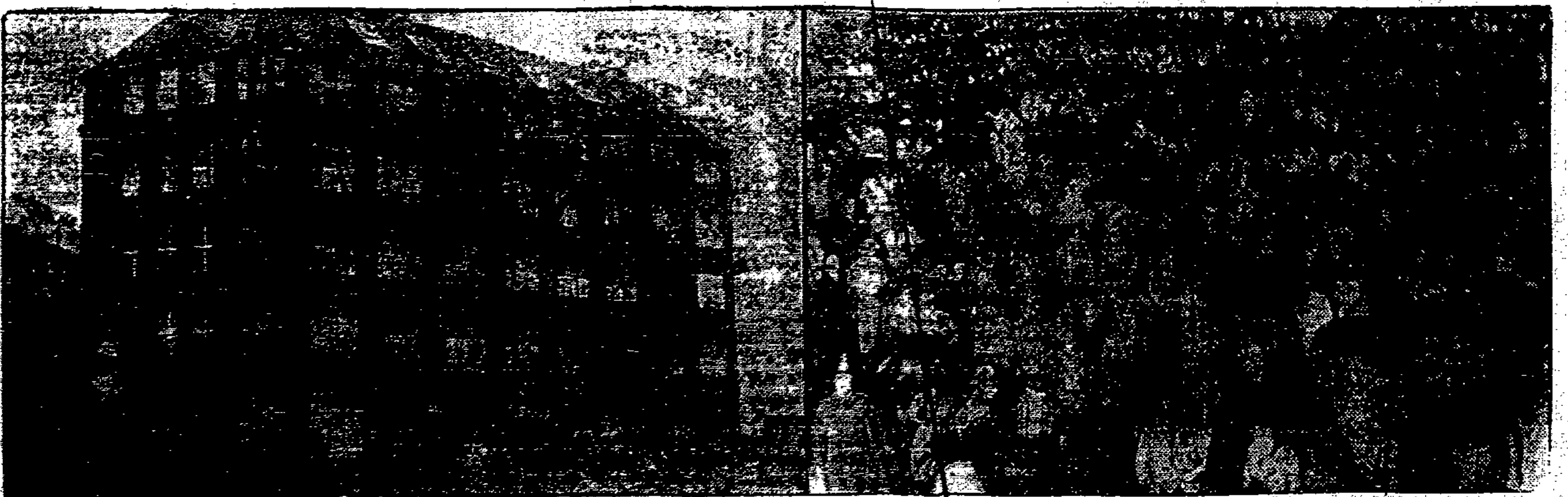


(Links) Agitationslokal im Berliner Osten.
(Rechts) Hugenbergs Flugblätter blieben achillos
in der Gasse liegen.

(Im Oval) Auch das hat der Bourgeoisie wenig
geholfen. Der sogenannte „Wahlbienst“,
eine angeblich „überparteiliche“ bürgerliche
Schleppergarde.



(Links) Straße im Roten Wedding.
(Mitte) Ein wirkungsvolles Transparent.
(Rechts) Transparent: Rot Front zieht in den Reichstag ein!



(Links) Der Sitz des Zentralkomitees der SPD, das Liebfrauenhaus
Wahlheim

(Rechts) In Erwartung der Wahlergebnisse sammelten sich vor dem
Karl-Liebknecht-Haus trotz strömenden Regens Tausende Arbeiter
und Arbeiterinnen an, um durch Lichtbild, Film und Lautsprecher
die ersten Berichte zu erfahren

Zur Stadtverordnetenwahl

Aus dem Ergebnis der Wahlen vom Sonntag spricht ohne Zweifel die tiefe Zustimmung der Breslauer wahlberechtigten Bevölkerung über die Tätigkeit der bisherigen Stadtverordnetenmehrheit...

Das Ergebnis sagt weiterhin, daß die Mehrheit der Breslauer Arbeiterklasse noch an den ehrlichen Willen der Sozialdemokraten glaubt, eine andere, bessere Kommunalpolitik als die vom Rathhaus...

Die Feuerwehr im April. Die Feuerwehr ist im Monat April 63mal ausgerückt, und zwar zu: 1 Großfeuer, 3 Mittelfeuern, 20 Kleinfeyern, 3 Landfeuern, 16mal zu blühendem Alarm...



wurden in diesen 802 Fahrten zusammen 5965 Kilometer zurückgelegt. Die Unfallsachen wurden 210mal in Anspruch genommen.

Gewerkschaftshauslichtspiele. Weltkriegsfilmm. Wir verweisen auf das heutige Inzerat. Jeder muß das letzte Programm der Gewerkschaftshauslichtspiele sehen!

In alle NSD-Ortsgruppen in den Untergauen Breslau und Ohlau.

Bis spätestens Mittwoch mittag 12 Uhr muß das Fahrgeld für die Reichstreffensfahrer bei der Gausführung in Breslau eingezahlt sein.

Friedewalbe. Mord? Seit Freitag wurde der Landwirtssohn Kiene vermißt. Schließlich wurde er als Leiche im Mühlgraben gefunden. Die Untersuchung läßt einen Unfall ausgeschlossen erscheinen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
- Stadtteil 3 (West). Mittwoch 20 Uhr Generalstadteilverammlung bei Hanke, Mariannenstraße 7.
- Süd-Zentrum. Mittwoch 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße 2, Dessenlicher Gruppenabend; Gäste willkommen.
Kommunistischer Jugendverband
- West. Mittwoch 20 Uhr bei Hanke, Mariannenstraße, erster Gruppenabend.
Jung-Spartakus-Bund
- Nord. Wir beteiligen uns Donnerstag 17 Uhr an dem Heimabend der übrigen Gruppen bei Hanke, Friedrichstraße.
Roter Frontkämpfer-Bund
- Kameraden, die mit gutem Auto nach Berlin fahren wollen, melden sich bei Abt. 5 Montag im „Lurnhof“, Neue Antonienstraße.
- Abt. 4. Heute 19.30 Uhr Kameradschaftsabend, Mariann-Str. 7.
- NSD. Abt. 2 (Nord). Dienstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Schneider, Rosenstraße.
- NS. Abt. 4. Alle Kameraden beteiligen sich am Mittwoch 20 Uhr an der Eröffnung der Gruppe West des NSD bei Hanke, Mariannenstraße.
Sonstige Organisationen
- Monistische Gemeinde (Grünstr. 14/16). Mittwoch 20 Uhr Vortrag. Sprecher: Dr. Georg Kramer. Thema: „Die Werkstätte des Geistes.“ Eintritt frei. Gäste willkommen.

Großer Sieg bei der Stadtverordnetenwahl!

Die kommunistischen Stimmen von 8171 (7. Dez. 24.) auf 19 551 gestiegen

Table with 6 columns: Party Name, Current Seats, Previous Seats (in parentheses). Includes Sozialdemokraten, Dt. Volkspartei, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunisten, Demokraten, etc.

Von den Sozialdemokraten: Wache, Gustav Scholz, Ehr Günther, Reumann, Mimig, Stape, Ruffert, Viktor Frey, Pielich, Ludus, Marschall, Sandmann, Hel. Thomas, Datz, Biegler, Weiss, Krumm, Dr. Ecklein, Frey, Mischke, Voigt, Döblig, Karl Pielich, Elfriede Wittner, Jensch, Großmann, Kauf, Otte, Wohlwetter, Weisner, Mar. Seewald, Medlin, Kremser, Hedwig Döschowitz, Baruffe, Gütler, Kneiff, Gathe. Von den Deutschen Nationalisten: Thum, Dr. Walter, Marie Blaschke, Bergmann, Seidel, Dr. Bujatowitsch, Misch, Friele, Buchner, Dr. Fischer, Emil Busch, Sablowitz, v. Eichhorn, Dr. Käuße, Prof. Dr. Goebel, Wulff, vom Zentrum: Prof. Dr. Seppelt, Daumann, Maria Nowak, Unterberger, Dr. Wolf, Krämer, Strauß, Schade, Robus, Henke, Manderscheid. Von der Deutschen Volkspartei: Kiefer, Sauermaun, Krebs, Halpaap, Beringer. Von den Demokraten: Gehelmaier Dr. Heilberg, Carl Wilhelm Wolf, Direktor Böhler, Paula Döndorf. Von der Mittelstandspartei: Scholz, Kirchhoff. Von den Deutschen Sozialen: Stein, Bogay. Von den Mietern: Pokam, Künzel, Günther, Knoppig. Von der Fraktion „Arbeit und Bodenreform“: Siebraner. Vollkommen verschwunden sind die Wähler, die bisher vier Sitze innehatten.

Abgegeben wurden 321 520 Stimmen, davon ungültig 1806, also gültig 319 624 Stimmen. Gewählt sind somit: Von der kommunistischen Partei die Genossen Ammon, Adelt, Engel, Zylla und die Genossen Kahne.

Wie wurde in den Bezirken gestimmt? Genossen beachtet diese lehrreichen Zahlen

Large table with 14 columns: Wahlbez., S. P. D., Deutschnat., Zentrum, Dt. Vpt., Komm. P., D. V., Unte. P., S. P. D., Deutschnat., Zentrum, Dt. Vpt., Komm. P., D. V., Unte. P. Rows list 100 different districts.

Noch lange nicht zu Ende ist der Wahlkampf. Genossen, denkt daran, daß am 3. Juni wieder Wahlen stattfinden in den Landkreisen Breslau, Neumarkt und Oels

